

URGENT ACTION

OPPOSITIONELLER IN HAFT

GUINEA

UA-Nr: UA-064/2020 AI-Index: AFR 29/2224/2020 Datum: 28. April 2020 – sd

OUMAR SYLLA (AUCH FONIKÉ MENGUÉ)

Oumar Sylla wurde am 17. April vor seinem Haus in der Hauptstadt Conakry festgenommen. Zuvor hatte der Aktivist in einer Radiosendung zu Protesten gegen die von der Regierung geplante Verfassungsreform aufgerufen, die Präsident Alpha Condé den Weg für eine dritte Amtszeit ebnet würde. Außerdem machte er Mitglieder der Regierung für Tötungen, Folter und andere Misshandlungen sowie willkürliche Inhaftierungen verantwortlich. Am 24. April wurde er angeklagt, Falschinformationen verbreitet zu haben.

Oumar Sylla ist stellvertretender Koordinator der pro-demokratischen Bewegung *Turn the Page Guinea* und Mobilisierungskordinator der *Front nationale pour la défense de la Constitution* (FNDC), einer Allianz verschiedener Oppositionsgruppen. Er wurde am 17. April vor seinem Haus von Beamten der *Brigade de Répression du Banditisme* (BRB) festgenommen. Zunächst wurde er einen Tag in der „Villa 40“ – dem Büro der Generaldirektion des Geheimdienstes – festgehalten, dann wurde er der Kriminalpolizei überstellt.

Oumar Sylla hatte am Morgen des 17. April in einem Telefoninterview in der Radiosendung *Grande Gueule* des Senders *Espace FM* die Mitglieder der FNDC zu neuen Demonstrationen gegen die von der Regierung geplante Verfassungsreform aufgerufen. Diese hat zum Ziel, die bestehende Beschränkung der Amtszeit für den Präsidenten aufzuheben, womit Präsident Alpha Condé der Weg für eine dritte Amtszeit geebnet wäre.

Außerdem prangerte Oumar Sylla die Schikane gegen FNDC-Mitglieder sowie die Tötungen, Folterungen und willkürlichen Inhaftierungen an, zu denen es im Zuge der Parlamentswahlen am 22. März in der Stadt Nzérékoré gekommen war. Er benannte Regierungsmitglieder, Mitglieder der Regierungspartei und Vertreter_innen örtlicher Behörden als Verantwortliche für die verübten Menschenrechtsverletzungen.

Am 24. April wurde Oumar Sylla angeklagt, Falschinformationen verbreitet zu haben. Amnesty International geht davon aus, dass seine willkürliche Festnahme und die Anklage gegen ihn ein Versuch sind, ihn zum Schweigen zu bringen. Er wurde nur aufgrund der friedlichen Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung angeklagt.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

In Guinea wurden am 22. März 2020 Parlamentswahlen und ein Referendum über eine Verfassungsänderung abgehalten. Amnesty International dokumentierte sowohl am Wahltag selbst als auch in den Tagen davor und danach in mehreren Städten schwere Menschenrechtsverletzungen durch Militär- und Sicherheitskräfte. Allein in der Hauptstadt Conakry und dem nahegelegenen Mamou verübten Sicherheitskräfte zwölf rechtswidrige Tötungen. In der Stadt Nzérékoré kam es am Wahltag zu gewaltsamen Zusammenstößen, die am nächsten Tag noch anhielten. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Collectif des organisations de défense des droits de l'homme en Guinée forestière* wurden mindestens 22 Personen getötet und 100 verletzt. Die Leichen sollen nachts begraben worden sein, ohne dass die Hinterbliebenen der Opfer anwesend sein konnten. Im Rahmen der Ausschreitungen wurden mehrere Gebetsstätten, darunter mindestens drei Kirchen, zerstört und niedergebrannt.

Am 16. April wurden die Parlamentsabgeordneten mittels eines Präsidialdekrets dazu aufgefordert, am 22. April eine neue Parlamentssprecherin zu wählen. Die *Front nationale pour la défense de la Constitution* (FNDC) ist ein Zusammenschluss von NGOs und Oppositionsparteien, der das Referendum boykottierte und seit Oktober 2019 Proteste gegen die von der Regierung geplante Verfassungsänderung organisiert. Die Reform soll Präsident Alpha Condé den Weg für eine dritte Amtszeit einräumen. Die derzeitige Verfassung beschränkt die Regierungszeit eines Präsidenten auf zwei Amtsperioden. Da Alpha Condé seit 2010 regiert, könnte er eigentlich nicht mehr antreten. Die FNDC ist außerdem gegen die Wahl einer neuen Parlamentssprecherin. Sie rief für den

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de · W:

www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 · Bank für Sozialwirtschaft · BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX · IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



22. April zu einem landesweiten Generalstreik („ville morte“) auf, womit sie die Friedenspflicht wieder aufhob, den sie angesichts der ersten COVID-19-Fälle in Guinea ausgerufen hatte.

Seit 2019 sind in Guinea zahlreiche Demonstrierende sowie Sprecher_innen prodemokratischer Bewegungen festgenommen und verurteilt worden. Am 22. Oktober 2019 wurden Abdourahamane Sano, Alpha Soumah (auch bekannt als Bill de Sam), Ibrahima Diallo, Bailo Barry und Sekou Koundono vor einem Gericht in Dixinn der „direkten Anstiftung zu einer unbewaffneten Versammlung“ für schuldig befunden. Abdourahamane Sano wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, alle anderen erhielten eine sechsmonatige Haftstrafe. Am 28. November 2019 kamen sie bis zum Berufungsverfahren gegen Kautionsfreibrief frei. Am 7. März wurden Ibrahima Diallo und Sekou Koundono in Conakry festgenommen. Tags zuvor hatten die beiden Aktivisten als FNDC-Vertreter an einer Pressekonferenz teilgenommen, auf der sie dem Leiter der Kriminalpolizei, Fabou Camara, vorwarfen, Telefonleitungen abgehört zu haben und für Folter und andere Misshandlungen verantwortlich zu sein. Am 9. März wurden die Aktivisten wegen Körperverletzung, Gewalt gegen einen Beamten sowie Herstellung und Verbreitung von Informationen zur Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit angeklagt. Zwar wurden beide am 13. März freigelassen, doch die Anklagen bestehen weiterhin und sie stehen unter Beobachtung.

Nach Angaben der Nationalen Gesundheitsbehörde wurde am 28. April aus dem Gefängnis in Conakry ein COVID-19-Fall gemeldet.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Lassen Sie Oumar Sylla umgehend und bedingungslos frei und lassen Sie die Anklage gegen ihn fallen.
- Stellen Sie die Festnahme von Personen ein, die lediglich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen.
- Beenden Sie bitte die Drangsalierung der Zivilgesellschaft.
- Sorgen Sie bitte dafür, dass die Haftbedingungen von Oumar Sylla bis zu seiner Freilassung den internationalen Standards entsprechen, dazu zählt auch der Zugang zu Wasser und Nahrung sowie regelmäßiger Kontakt zu seiner Familie und seinem Rechtsbeistand. Sollten persönliche Besuche aufgrund von COVID-19 eingeschränkt werden, so muss er anderweitig Kontakt aufnehmen dürfen, z. B. per Telefon, E-Mail oder Videoanruf.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

JUSTIZMINISTER

Mamadou Lamine Fofana
Minister of Justice
BP: 564 Conakry, GUINEA
E-Mail: malafof74@gmail.com

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK GUINEA

S.E. Herr Mamadou Siradiou Diallo
Jägerstraße 67-69, 10117 Berlin
Fax: 030-2 00 74 33 33
E-Mail: info@amba-guinee.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Französisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **9. Juni 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Immediately and unconditionally release Oumar Sylla and drop the charge against him.
- Refrain from further arrests of individuals for simply exercising their right to freedom of expression.
- End harassment against members of civil society.
- Ensure that, pending his release, Oumar Sylla's conditions of detention are in line with international standards, including access to water, food and regular access to his family and lawyer. If contact visits are restricted due to Covid-19 preventive measures, they must be replaced with other means of communication, by phone, video call or emails, for example.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

